

Pressedienst
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Osnabrück
Bierstr. 28
49074 Osnabrück
Tel.: 0541 / 323-3130



PRESSEMITTEILUNG vom 23.04.2020

GRÜNE fordern Schutzschirm für Hilfebedürftige

Die GRÜNE Ratsfraktion sorgt sich um die Armen und Hilfebedürftigen unserer Gesellschaft, die die Corona-Krise am härtesten trifft. Sie haben keine Rücklagen, um die zusätzlichen Belastungen aufzufangen. Wegen der Hamsterkäufe fehlen die günstigen Lebensmittel in den Regalen. Auch die kostenlosen Kindermahlzeiten in den Kitas und Schulen fallen weg. Da die Straßen erheblich leerer sind, ist Straßenzeitungen verkaufen, Pfandflaschen sammeln oder Betteln wenig ertragreich. Deshalb teilen die grünen Sozialpolitikerinnen die Forderung der Sozialverbände: „Wir brauchen sofort einen Schutzschirm für Arme, einen Corona-Zuschlag für alle finanzschwachen Haushalte und nicht nur für die Wirtschaft“, so die sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion, Anke Jacobsen. Die GRÜNEN Sozialpolitikerinnen sind in regelmäßigem Kontakt mit der Osnabrücker Tafel. „Wir sind den zahlreichen Ehrenamtlichen dankbar, dass sie die Tafel weiter geöffnet haben. In vielen anderen Kommunen klappt das nicht; der besondere Einsatz in Osnabrück verdient Respekt“, so die GRÜNE Sozialpolitikerin Anne Kura. Sollte es Lieferengpässe bei der Tafel geben, so müsse die Stadt vorbereitet sein und Alternativen prüfen.

Auch wenn die Sitzungen der Fachausschüsse Corona-bedingt unter erschwerten Bedingungen stattfinden, sind die beiden GRÜNEN Ratsfrauen nahe dran an den derzeitigen Problemen der Benachteiligten. Sie haben einen kurzen Draht zur Sozialverwaltung und stehen in regelmäßigem Kontakt mit sozialen Trägern. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt den Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben: Im Frauenhaus, in den Flüchtlingsunterkünften, in den Heimen für Wohnungslose und für Menschen mit Behinderung. Gerade die Letztgenannten gehören zu den Hochrisiko-Gruppen. Hier gibt es großes Lob für die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und die sozialen Träger wie zum Beispiel SKM, Caritas und Outlaw. Alle notwendigen Vorkehrungen wurden von den

Einrichtungen getroffen und es wird penibel auf die Einhaltung der Hygiene- und Abstandsvorschriften geachtet.

„Wir als Sozialpolitikerinnen richten unser Augenmerk auf diejenigen, die am stärksten unter der Krise leiden: Die Ärmsten, die Obdachlosen, die von Gewalt betroffenen Frauen, die Drogenabhängigen, die Menschen mit Behinderungen und die Geflüchteten. Gerade hier besteht die Gefahr, dass die Krise sich von einer Gesundheits- auch zu einer Armutskrise ausweitet“, so Anke Jacobsen und Anne Kura.